



Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Begründet 1704

Verlag Ullstein, Fernsprech-Zentrale Ullstein: Dönhoff (A 7) 3600-3665, Fernverkehr: Dönhoff 3666-3698. Telegramm: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheck-Konto: Berlin 660. Monatlich 3,90 M. (einschl. 70 Pf. Zustellkosten und 1,24 M Postgebühren), bei Postbestellung außerdem 72 Pf. Bestellsgeb.

## Berlin

FREITAG, 29. JULI 1932

Verantwortlich für den Gesamthalt (außer dem Handelsteil) Dr. Carl Misch, Berlin. Anzeigen-Preis: mm-Zeile 32 Pfennig. Familien-Anzeigen: mm-Zeile 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

10 Pf. <sup>(Anwärter)</sup> 15 Pf. J. Nr 362

ABEND-AUSGABE

## „Burgfrieden“ nach der Wahl

### Politisches Versammlungsverbot vom 31. Juli bis 10. August

Durch eine Verordnung des Reichspräsidenten, deren Veröffentlichung erforderlich ist, sollen für die Zeit vom 31. Juli bis einschließlich 10. August, also vom Wahltage bis zum Versammlungstage, alle politischen Versammlungen, unter freiem Himmel sowohl wie in geschlossenen Räumen, verboten werden.

Das Kabinett Berlin hat einmal einen Wehrdanks- und einmal einen Oherieiten befriedigt. Durch die Rotverordnung des Kabinetts haben sich ein politischer „Burgfrieden“ nach der Wahl festgestellt herbeigeführt werden. Da das Demonstrationsverbot vor einiger Zeit wiederhergestellt ist, bedurfte sich die Regierung Papier darauf, bis einschließlich 10. August alle politischen Versammlungen zu verbieten. Hauptmotiv der Rotverordnung über den Burgfrieden ist wohl der Wunsch, die während der letzten Wochen überanstrengten Polizei eine Ruhepause zu schaffen.

### Kanzler-Appell an die Wähler

Der Reichspräsident, der heute um 12 Uhr Mitternacht in englischer Sprache über den amerikanischen Sender spricht — die englische Rede und ihre deutsche Übersetzung wird auch auf den Berliner Sender übertragen — beschließt morgen, Sonnabend, von 1/8 bis 8 Uhr abends über alle deut-

schen Sender zu sprechen. Den amerikanischen Rundfunkführern wird aber von ihnen eine Darstellung der augenblicklichen Situation in Deutschland geben. Die Sonnabend-Rede im deutschen Rundfunk wird ein Appell an die Wähler sein.

Am nächsten Dienstag wird der Kanzler einen Urlaub ansetzen. Er wird nach Berlin zurückkehren, wenn das amtliche Wahlergebnis durch den Reichswahlleiter festgestellt sein wird. Das wird voraussichtlich bis zum 10. August der Fall sein.

### Dr. Bracht beruhigt

Gegenüber alarmierenden Meldungen von Parteiführern der Nationalsozialisten, die von Schweizer Wählern gebandt worden sind, nimmt der Bevollmächtigte des Reichstagskommisars für Frankreich, Dr. Bracht, zum Anlaß, um zu erklären, daß solche Nachrichten schon seit längerer Zeit in Berlin hinführen. Die Nachrichten hätten aber stets gezeigt, daß es sich um halblüge Gerüchte handelte, wie sie am Ende eines mit Erbitterung geführten Wahlkampfes häufig und in den verschiedensten Formen auftauchen. Für einen ruhigen Verlauf der Wahl und eine einwandfreie Feststellung des Wahlergebnisses — wie überhaupt für die Erhaltung der Ruhe und Ordnung auch nach den Wahlen — sind jedenfalls alle Vorkehrungen getroffen worden.

## Schulkasernen

In seinem Schreiben an die Kultusminister der Länder hat Freiherr von Engel nachdrücklich verlangt, daß Parteipolitik in der Schule ausgemerzt sei, und zwar in jeglicher Form. Einseitigkeiten der Nationalpolitik, parteipolitisch gefärbte Schulkasernen, die schrankenlose Werbung der Schüler durch die Parteiorganisation seien, die schärfste Verurteilung der Jugend und das Gegenteil einer Erziehung zu echter Staatsgenossenschaft und „Aufsorbendheit“. Wie sich diese Verhältnisse später der Praxis gegenüber auswirken werden, die Herr von Engel auf der Grundlauge eines Reichspolizeigesetzes neu gestalten will, muß man abwarten. Zunächst kommt es auf die Feststellung an, wie sich die Nationalsozialisten, nach amtlicher Terminologie die „Aufbauwilligen Kräfte“, die ja wohl auch kulturell beachtend wirken sollen, zu diesen iblehnen Vorhaben des Reichsinnenministeriums verhalten.

Die Politikierung nämlich, die es im Sinne Engls zu befehlen gilt, ist in allererster Linie das Werk der nationalsozialistischen Schüler- und Lehrergenerationen. Auch im heutigen Reichsinnenministerium wird nach das Material über die zahllosen Fälle von tabulaten Exzessen vorzuliegen sein, die eindeutig auf die Hitlergeneration in den Schulen zurückzuführen sind. Dafür bedarf es keiner weiteren Belege. Aber über diesen Tatbestand hinaus hätten die amtlichen Stellen allen Ordnung, sich einmal dazu zu überzeugen, wie der Schulertrieb selbst sich gestalten würde, wenn man nationalsozialistischen Einflüssen freien Spielraum ließe. Auf einer Reichstagung des Nationalsozialistischen Lehrerbundes sind diese Tendenzen sehr deutlich zum Ausdruck gekommen.

Die allgemeine Programmklärung der nationalsozialistischen Schulpolitik unterliegt sich natürlich nicht von der Höhe, die Engel an den Anfang stellt: „Der Gedanke an den Dienst, den Volk und Reich von der Jugend fordern, muß künftig die pädagogische Haltung der Lehrerschaft bestimmen.“ Wer würde schließlich nicht dieser Meinung? Auf die praktischen Konsequenzen kommt es an und die zeigt Engel mit der Feststellung, daß die sachlichen Anforderungen künftig wieder in allen Schulen geteilt werden müssen. Dabei bemerkt er ausdrücklich, daß „die innere Lebendigkeit und die wertvollen pädagogischen und methodischen Neuerungen, welche die deutsche Schule der pädagogischen Reform des Unterganges verbannt, nicht zurückgegeben werden dürfen.“

Das ist Wort für Wort zu verstehen. Aus bescheiden ist es allem das Gegenteil dessen, was das nationalsozialistische Schulprogramm verlangt. Die Steigerung der sachlichen Anforderungen bezieht sich hier nämlich ausschließlich auf die körperliche Ausbildung, die allem anderen übergeordnet wird. Wehrtunten, Turnspiele, Wanderungen werden zuerst in den Stundenplan eingelegt. „Jugendmilitärische Organisationsformen“ mit entprechender Referatensausbildung erlassen die Schüler in und außerhalb der Unterrichtszeit. „Hilfsklub tritt an die Stelle der Jugendorganisation der Jugend.“ Der Führer und Erzieher befehligt. Durch Leistungsfordern und Abhärtung wird der junge Mensch zum Dienst am Volksganzen gefähigt.

Erst in zweiter Linie ist von der wissenschaftlichen Ausbildung die Rede: Sie erfolgt bis zum vierzehnten Lebensjahre in der „Grundschule“, und zwar durch alle Klassen unter dem gleichen Lehrer, der seinen Schülern das „nationalsozialistische Vorbild“ zu geben hat. Die „Lehrerarbeiten“ einer fänglichen Erziehung müssen vermeiden werden. Der Lehrstoff ist unter nationalen Gesichtspunkten auszuwählen. Deutsche Dichter werden nur nach dem Stammbaum beurteilt; wie die deutsche Geschichte auszufallen hat, wird vermuthlich parteiamtlich geregelt.

Nach dem vierzehnten Jahr erfolgt die Auswahl für die höhere Schule, die zwei Parallelkurse aufweist, einen geschichtlichen und englisch-fremdsprachlichen. Der Übergang ist unter der Aufsicht der Lehrerschaft in der Berufswahlern verschiedener Stände zusammen mit den Lehrern vorgenommen wird. Die jungen Leute sollen, soweit möglich, in geschlossenen Internaten zusammengeführt werden.

Den Weg zur Hochschule eröffnet wieder eine Prüfung, bei der das Urteil des Internatsleiters und des militärischen Auswärtigen ausschlaggebend ist. Das Entscheidend dieser ganzen Schulkasernen ist dann „der deutsche Mensch“.

Das Wiedereinstellen soll vollkommen für sich aufbauen und auf neue Grundlagen gestellt werden. Der Unterricht hat keine andere Aufgabe als „deutsch- und rassebewußte“

## Taufgeschwader gegen Veteranen

### Das Feldlager in Flammen aufgegangen — Mehr als hundert Verletzte

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

NEW YORK, 29. JULI

Nach den schweren Zusammenstößen, die sich gestern bei der Räumung eines Regierungsgebäudes in der Nähe des Capitols von Washington zwischen den Veteranen und der Polizei ereignet haben, erfolgte auf Befehl des Präsidenten Hoover der Einzug von 1500 Mann feldmäßig ausgerüsteter Bundesstruppen, darunter mehrere Schwadronen Kavallerie und Taufgeschwader. Unter dem Oberbefehl des Generalmajors McArthur wurde unter Anwendung von Generalabschüssen das Lager in der Gegend des Capitols geräumt und dann angezündet. Etwa 2000 Veteranen flüchteten in regellosen Haufen.

Wichtig darauf wurde das Militär gegen das Hauptlager der Veteranen am Ansonsen-Feld eingestuft, wo sich nach etwa 7000 Mann befanden, die auf die Nachricht von den Kämpfen in Washington in unbeschränkter Zahl getreten. Zunächst glaubten die Veteranen, daß die Regierungstruppen sich weigern würden, gegen sie vorzugehen, und entsandten eine Delegation zu dem General McArthur und dem Polizeichef. Trotzdem wurde der Befehl gegeben, das Lager sofort gemalt zu räumen.

In Verbindung der Taufgeschwader umgibteten die Truppen das Lager und brachten ihre Maschinenengewehre in Stellung. Den Veteranen wurde eine Frist von 30 Minuten gegeben, um das Lager zu räumen. Zunächst wurden die 400 Frauen und 600 Kinder, die mit im Camp lebten, von den Veteranen herausgeschafft und in städtischen mit ihren geringen Nöseligkeiten in die Quartiere. Dann begann die Offensive, bei der das gesamte Camp in Flammen aufgeht. Nach einer Besatz sollte die Veteranen selbst die Zelte angezündet und seinen Widerstand gelistet haben. Nach anderen Meldungen haben sich etwa 5000 Mann eingegraben und sich erheitert verteidigt. Die Zahl der Verletzten, die mit über hundert angeben wird, spricht dafür, daß die Truppen in erheblichem Maß von der Waffe Gebrauch gemacht haben.

Obwohl die Veteranenarmee, die von politischen Agitatoren in der Schöpfung aufgehebt war, die Auszahlung ihrer für die Kriegsteilnahme gewährten Schuldenzertifikate (Bonus) zu erlangen, sich zu einer Entlohnung entwidelt hatte, und die Sicherheit der Regierung dadurch bedrohte, hat das Einsetzen der Truppen gegen die ehemaligen Kriegsteilnehmer auf Befehl des Präsidenten

Hoover einen sehr unangenehmen Eindruck in der Öffentlichkeit gemacht, der in der Wahlpropaganda der Demokratischen Partei wohl erheblich eingeschleht werden wird. Einige Wähler weisen darauf hin, daß sich unter den Veteranen zahlreiche Kommunisten und frühere Zuchtsträfler befanden hätten, die niemals Kriegsteilnehmer gewesen seien. Trotzdem aber ist die Öffentlichkeit sich darüber klar, daß gerade die Veteranen, die trotz ihrer eidenen Tug und höchsten Verpflegung bis zuletzt in Washington ausgeharrt haben, in erster Linie Opfer der Arbeitslosigkeit und der Verelendung gewesen sind.

## Wie Ruhe regiert

Aus Staffel kommen Berichte, die den Optimisten in der Reichsregierung zeigen sollten, wie die nationalsozialistischen Führer den Begriff der Legalität auffassen. Waffenbeschläge bei der Staffel Polizei, die von den Rechtsabteilungen immer wieder der Winten zugeschrieben werden, sollen, wie jetzt von der Polizei festgestellt worden ist, der nationalsozialistischen Streittruppe zur Verfügung sein. In die Tat sache hinein greifend, so wird sie zum öffentlichen Standa der Abg. Kube, der den Versuch machte, die Einleitung des politischen Verfahrens zu erlangen.

Wie an anderer Stelle mitgeteilt wird, hat sich Kube herausgenommen, gerade in Son dienstlicher Anweisungen den Vertreter des Staffler Polizeipräsidenten — man sieht jetzt, warum der republikanische Polizeipräsident Hofenlein schleunigt abgesetzt werden mußte — aufzufordern, die Ermittlungen sofort einzustellen. Wenn sich diese Weisung bestätigt, liegt ein Verstoß vor, das eine völlige Verwertung aller Rechtsbezirge befehl.

Kube, der sich offenbar als Geschlechts-erfinder aller Verbrechen fühlt, hat weiterhin in Staffel in öffentlicher Versammlung gegen den Deutschen Anwaltsverein die besagten Erklärungen ausgesprochen, weil dessen Vorstand sich erlaube, den ungewissenlichen Ausfällen entgegenzutreten, die Kube und Freisler gegen die „verjudeten“ Anwaltsstammern gerichtet haben. Der nationalsozialistische Pressenführer erklärte trocken, die Weisung des Anwaltsvereins ist „höchst anmaßend“ und könne sehr leicht zu dem Verbot des Anwaltsvereins führen. Nach der Wiedereröffnung durch die Nationalsozialisten werde ein anderer Wind wehen. Wenn er, Kube, das sage, so sei das „so gut wie amtlich“.